

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier, Dietmar Friedhoff, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/15075 –

Pyrolyseförderung – Eine wirkliche Alternative zur Bekämpfung der Plastikflut in Entwicklungsländern

A. Problem

Die Antragsteller monieren, dass es durch unsachgemäße Verbringung von importierten (Kunststoff-)Abfällen und durch das Fehlen geeigneter Abfallverbringungssysteme und -anlagen, die das stetig steigende Abfallaufkommen in den eigenen Ländern minimieren würden, zu verheerenden Auswirkungen für die Menschen und die Umwelt komme. Dadurch würden die betroffenen Staaten auch in ihrer Entwicklung gehindert und die instabilen Situationen würden sich festsetzen. Wirkliche Entwicklungshilfe sollte nach Auffassung der Antragsteller den Entwicklungsländern bei der Lösung der Ursachen der Probleme, also bei der falschen und unsachgemäßen Verbringung und Verarbeitung von (Kunststoff-)Abfällen, und nicht bei der Behandlung der Symptome und Auswirkungen sowie den Gesundheits- und Umweltschäden ansetzen. Dazu eigne sich insbesondere die Pyrolyse, ein noch wenig beachtetes Verfahren, um Kunststoffabfälle entsprechend zu verbringen; sie bilde gleichzeitig eine wirtschaftliche und umweltfreundliche Alternative zur Deponierung und Verbrennung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/15075 abzulehnen.

Berlin, den 11. März 2020

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Peter Stein (Rostock)
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Ulrich Oehme
Berichterstatter

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Stein (Rostock), Dr. Sascha Raabe, Ulrich Oehme, Dr. Christoph Hoffmann, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/15075** in seiner 128. Sitzung am 15. November 2019 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Pyrolyseforschung sowohl national als auch international stärker zu fördern und voranzutreiben. Dazu solle während der laufenden Legislaturperiode mit wissenschaftlichen, privaten und entwicklungspolitischen Akteuren eine leicht transportierbare und zu bedienende Plastikpyrolyseanlage konzipiert und marktfähig gemacht werden, um sie den Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 19/15075 in seiner 65. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage auf Drucksache 19/15075 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** erklärt, dass die Welt Probleme mit Plastikmüll und Elektroschrott, die sich in der Umwelt befinden würden, hätte. Dieses Problem müsse man angehen, und Pyrolyse sei, ihrer Auffassung nach, das Verfahren, mit dem Plastik aufbereitet und verbraucht werden könne. Man solle sich dem interessanten technischen Verfahren nicht verschließen, nur weil es vermeintlich nicht ausreichend energetisch sei. Man könne nämlich ohne Verbrennungsanlagen neue Materialien entstehen lassen, die man weinternutzen könnte. Dadurch könnte die zunehmende Verschmutzung der Meere, Strände und Flüsse durch Plastik vermieden werden. China habe erkannt, dass es ein Problem mit Abfall habe und forsche deshalb intensiv an dem Pyrolyse-Verfahren. Namibia sei ebenfalls im Begriff, eine erste Müllverarbeitungsanlage für Haushalts- und Industriemüll mit Hochtemperaturpyrolyse in einem Reaktor mit einer Kapazität von vorerst 100 Tonnen pro Tag, bei einer Stromerzeugung von sechs Megawatt, zu bauen. Insgesamt wolle man 30 dezentrale Anlagen im südlichen Afrika errichten, um die desolate Stromversorgung und die katastrophale Müllsituation zu verbessern. Die Niederländer bauten in Mexico eine große industrielle Pyrolyseanlage. Da jedoch solche industriellen Anlagen in vielen Ländern noch nicht funktionierten, wolle die Fraktion der AfD die Forschung von Kleinstanlagen unterstützen. Diese Anlagen sollten secontainergroß sein, mit einfachster Bedienung und Wartung sowie dauerbetriebsgeeignet. Man wolle eine neunzigprozentige Stoffumwandlung und vor allem eine Verarbeitung unsortierter und verschmutzter Reststoffe erreichen. Die in Deutschland übliche Stofftrennung sei in vielen Ländern bisher nicht möglich. Da Deutschland in diesem Bereich weltweit einen sehr guten Ruf habe, sollte man sich engagieren und in diesem Bereich arbeiten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** vertritt die Auffassung, dass Pyrolyse keine neue Technologie sei, sondern ein erprobtes Verfahren in der Mineralöl- und chemischen Industrie. Dementsprechend sei eine damit verbundene Forschung obsolet. Zudem werde die Forderung, mit kleinen, mobilen Einheiten in Entwicklungs- und Schwellenländer zu gehen, der Dimension der Aufgabe keinesfalls gerecht. Es bleibe weiterhin die Frage, wie man mit Kunststoffmaterialien, Schwermetallen oder Giftstoffen, die sich in der Landschaft, im Wasser und in der Luft befänden, umgehen wolle. Dazu gebe es eine Vielzahl von Projekten, die durch die deutsche Bundesregierung, Stiftungen und die Privatwirtschaft unterstützt würden. Es sei entscheidend, ein Bewusstsein zu schaffen und aufzuzeigen, was in der Umwelt durch das eigene Handeln passieren würde. In dem Antrag der Fraktion der AfD würden Forderungen erhoben, die nicht zur Entwicklungspolitik gehörten. Der Ansatz, Plastikabfälle nicht weiter in Drittländer zu verbringen und stattdessen nationale Lösungen zu suchen, gehöre zur Kreislaufwirtschaftspolitik, und diese sei in einem anderen Ausschuss verortet. Man werde den Antrag der Fraktion der AfD ablehnen, da einmal mehr Formulierungen den Klimawandel und die Energiewende in Frage stellten.

Die **Fraktion der SPD** weist darauf hin, dass man einen enormen Energieaufwand für das Verfahren benötigen würde. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) bewerte die Ökobilanz ebenfalls nicht positiv, weil große Plastiksorten bei der Pyrolyse nur schwer verwendet werden könnten. Abfallvermeidung sowie ein verstärktes Umwelt- und Müllmanagement in den Entwicklungs- und Schwellenländern müssten vielmehr Kern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) sein, zumal die gute Ergebnisse zeigten. Die Projekte zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf der Elektroschrotthalde in Accra, der Hauptstadt Ghanas, seien ein positives Beispiel der Arbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und deren Durchführungsorganisation, der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Von der Europäischen Union sei geplant, den Export schlecht recyclebarer Abfälle aus den Urheberländern in die Entwicklungsländer ab dem Jahr 2021 vollständig zu untersagen. Insgesamt seien die Maßnahmen entscheidend, bei denen vernünftig mit Abfall umgegangen und Recyclingprozesse arbeitnehmer- und gesundheitsfreundlich gestaltet würden. Aufgrund der vorgetragenen Argumente werde die Fraktion der SPD den vorliegenden Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** kritisiert den Antrag, da er inhaltlich nicht weiterhelfe, denn es genüge einfach nicht, einen Zuruf am Stammtisch zu nutzen, um daraus einen Antrag zu formulieren. Ebenso wie der Antrag sei auch das Pyrolyseverfahren beim heutigen zur Verfügung stehenden technischen Know-how nicht zielführend, und deshalb werde die Fraktion der FDP den Antrag ablehnen. Die deutsche Kunststoffindustrie, die in dem Bereich forsche und arbeite, bewerte vor allem die Energiefrage als komplett ungelöst, da zum Zerlegen der Kohlenstoffketten aus Plastik Energie benötigt würde, die erst einmal alternativ oder regenerativ erzeugt werden müsste, damit das eigentliche Pyrolyseverfahren umweltmäßig dargestellt werden könnte. Es gebe bessere Möglichkeiten, beispielsweise die Vermeidung von Plastikabfällen. Die Aufgabe könne nicht mit kleinen Investments gelöst werden; stattdessen würde man größere Anlagen benötigen, und die wären technisch aufwendig. Der Plastikmüll in den Meeren werde hauptsächlich durch acht große Flüsse verursacht, von denen sechs in China seien. Dementsprechend müsste China sich des Problems annehmen, und da brauche es diplomatischen Druck. Zwei weitere Flüsse seien in Afrika, wo man sich dem Thema auch über die EZ annehmen könnte, und hier müsste das BMZ die Müllentsorgung noch konsequenter angehen.

Die **Fraktion DIE LINKE** führt aus, dass eine Ausweitung der Pyrolyseforschung, wie gefordert, viel zu kurz greife und einseitig sei. Es sei unverantwortlich, Müllexporte von Industrieländern in die Entwicklungsländer durchzuführen, denn dort werde der Müll unter den schlimmsten Bedingungen im Hinblick auf Gesundheits- oder Umweltstandards entsorgt. Deshalb müsste die Produktion von Abfall, auch in Deutschland, dringend reduziert und vermieden werden. Hierfür brauche man geeignete Strategien. So sollte Abfall möglichst vermieden werden, und Produkte müssten so hergestellt werden, dass sie leicht zu reparieren und wiederverwertbar wären. Um in diesen Bereichen Fortschritte zu erzielen, müssten zusätzliche finanzielle Mittel investiert werden. Erst dann könne eine stoffliche Verwertung stattfinden, und hierunter falle dann möglicherweise auch die Pyrolyse als Verwertungsverfahren. Man werde den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellt fest, dass der Antrag sehr oberflächlich und inhaltlich nicht fundiert sei. Es werde vorgeschlagen, eine kleine leicht transportierbare Anlage in irgendwelche Entwicklungsländer zu transportieren, die dort den Müll einsammeln würde. Zur Lösung der Müllproblematik würde man jedoch dringend Strukturen in den Entwicklungsländern benötigen, und hier gebe es gewaltige Defizite, und die

Entwicklungspolitik hätte dieses ganz zentrale Thema nicht aufgegriffen. Die internationale Ebene hätte jetzt beschlossen, ab dem Jahr 2021 vieles zu ändern, aber wenn man sehe, dass eine dieser neuen Regelungen vorsehe, dass Exportländer die importierenden Staaten bei der Verarbeitung von Kunststoffen unterstützen sollten, dann sei das der falsche Weg. Es sei wichtig, dass die importierenden Länder selbständig seien und dann ökonomisch und gesellschaftlich von der Verarbeitung profitieren würden; solange das nicht gesichert wäre, müssten Exporte verboten werden. Grundsätzlich gehe es primär sowieso um Müllvermeidung und -reduktion sowie eine verbesserte Kreislaufwirtschaft bei uns und global. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte ärmere Länder beim Aufbau besserer Entsorgungs- und Recyclingstrukturen unterstützen, aber auch bei Programmen zur Müllvermeidung. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde den Antrag ablehnen.

Berlin, den 11. März 2020

Peter Stein (Rostock)
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Ulrich Oehme
Berichterstatter

Dr. Christoph Hoffmann
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

